

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

29.1.1931 (No. 24)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlstraße
Nr. 933
und 934
Postfach
Karlstraße
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. Mend,
Karlstraße

Bezugspreis: Monatlich 8,25 RM. einchl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Anzeigenehebung, Anzeigenebertragung und Kontoverfahren fällt der Betrag der Zeitung verpätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerbante Druckfehler und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Reichstagszusammentritt am 3. Februar

Beginn der Etatsdebatten am Mittwoch
Der Reichstag ist jetzt endgültig für Dienstag, den 3. Febr., nachm. 8 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen nur kleinere Vorlagen.

Die zweite Beratung des Haushalts wird voraussichtlich am Mittwoch beginnen. Über die Reihenfolge der Etatsberatung wird man sich in einer Sitzung des Ältestenrats schlüssig machen, die am Montag stattfinden soll. Mit der Beratung der einzelnen Haushalte werden die zahlreichen, dem Reichstag vorliegenden Interpellationen verbunden werden. Man will nach Möglichkeit versuchen, den Haushalt für 1931 bis zum 31. März, dem verfassungsmäßigen Termin für seine Verabschiedung, fertig zu stellen. Auf jeden Fall wird sich die Haushaltsberatung im Reichstag bis Ende März ausdehnen. Ob es dann gelingt, den Haushalt parlamentarisch zu verabschieden, ist zwar noch nicht sicher, wird aber in parlamentarischen Kreisen für wahrscheinlich gehalten.

Neben dem Haushalt wird der Reichstag noch eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe, so das neue Stillehaltegesetz, zu erledigen haben.

Die Geschäftsordnung des Reichstags

Zwischen den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den anderen Mittelparteien fanden dem „A. L.“ zufolge am Mittwoch weitere Besprechungen über die Reform der Geschäftsordnung des Reichstages statt. Hierbei wurde von Seiten des Führers der Bayerischen Volkspartei darauf hingewiesen, daß nach strenger Auslegung des Art. 54 der Reichsverfassung ein Vertrauensvotum überhaupt keine für das Verbleiben oder Nichtverbleiben einer Regierung entscheidende Rolle spiele, sondern nur ein Mißtrauensvotum. Die Besprechungen sollen fortgesetzt werden.

Wie die „Voss. Ztg.“ dazu berichtet, ist zwischen den Parteien vereinbart worden, die Geschäftsordnung auch dahin zu ändern, daß ein Mißtrauensantrag die Unterschrift von 50 Abgeordneten tragen muß, wenn er behandelt werden soll. Dadurch soll verhindert werden, daß kleinere Gruppen solche Anträge einbringen, um von der Regierung Zugeständnisse an Interessentengruppen zu erreichen.

Auch der Mißbrauch mit der Immunität, der von Abgeordneten der radikalen Parteien getrieben wurde, soll dadurch bekämpft werden, daß die Regierungsparteien in Zukunft allen Anträgen auf Aufhebung der Immunität stattzugeben beabsichtigen und besonders dann, wenn die Abgeordneten in ihrer Eigenschaft als verantwortliche Redakteure verfolgt werden. In der Geschäftsordnung soll ausdrücklich bestimmt werden, daß Abgeordnete nicht als verantwortliche Redakteure zeichnen dürfen. Darüber hinaus aber soll kein Abgeordneter bei politischen Erzeugnissen durch seine Immunität gedeckt werden. Zu diesen Änderungen soll sich auch eine energisiertere Handhabung der bereits ausreichenden Disziplinarmaßnahmen stellen.

Erfolge Macdonalds

Die Gewerkschaftsvorlage angenommen

Das englische Unterhaus hat am Mittwoch nach scharfer Debatte die Gewerkschaftsvorlage in zweiter Lesung mit 277 gegen 250 Stimmen angenommen. Von der Rechten war die Vorlage der Labourregierung scharf bekämpft worden, und man rechnete bereits mit dem Sturz Macdonalds.

Bei der Abstimmung enthielt sich der größte Teil der Liberalen, dem früher gefolgt waren die Mitglieder der Liberalen. Nur 8 Liberale unter Führung von Sir John Simon stimmten mit den Konservativen und erhöhten damit die Zahl der Regierungsgegner auf 250.

Nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses beantragte Baldwin, daß das ganze Unterhaus sich als Kommission konstituiere, um die Vorlage zu prüfen, während die Regierung wünschte, sie an einen der bestehenden kleinen Ausschüsse zu verweisen. Der Antrag Baldwins wurde mit 308 gegen 244 Stimmen abgelehnt. Die Liberalen stimmten in diesem Falle geschlossen für die Regierung.

Die Konservativen haben jetzt einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung formell eingebracht. Er lautet: „Das Unterhaus tadelt die Regierung wegen ihrer Politik ständiger Vermehrung der öffentlichen Ausgaben zu einer Zeit, wo Vermeidung aller neuen Lasten und strenge Sparhaftigkeit bei den schon bestehenden Ausgabenposten notwendig geworden sind, um das Vertrauen wiederherzustellen und die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen.“

Die Regierung soll ersucht werden, eine baldige Gelegenheit zur Debatte über diese Entschließung zu geben. Churchill, der als ehemaliger Schatzkanzler bei einer derartigen finanziellen Frage zuständig wäre, gehört nicht zu den Unterzeichnern der Entschließung, welche von manchen Beobachtern mit dem vor einigen Tagen offenbar gewordenen Gegensatz zwischen Baldwin und Churchill in der indischen Frage in Zusammenhang gebracht wird.

Austrittsabsichten der spanischen Regierung. Nach einer Meldung aus Madrid soll die spanische Regierung beabsichtigen, am 8. Februar, an dem das Dekret zur Vornahme der Wahlen dem König vorgelegt werden wird, zurückzutreten, da die Mehrzahl der Parteien sich nicht an den Wahlen beteiligen wolle und damit der Versuch, zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückzukehren, festgeschlagen sei.

Letzte Nachrichten

Militärausgaben und Kriegsschulden

Ein amerikanischer Vorschlag

W.B. Chicago, 28. Jan. (Tel.) Edward Hurley, der Präsident der American Manufacturers Export Association, der seinerzeit auch der Kommission zur Regelung der ausländischen Kriegsschulden angehörte, schlug in einer Rede vor der Chicagoer Handelsvereinigung vor, daß die sechzehn Schuldnationen Amerikas ihre Militärausgaben einschränken, und daß Amerika gleichzeitig ihre Kriegsschulden herabsetze.

Hurley erklärte, sein Vorschlag würde die Arbeitslosigkeit vermindern und die Geschäftslage verbessern. Die Schuldnationen seien früher die besten Kunden Amerikas gewesen, und wenn Amerika die Kriegsschulden herabsetze, würden sie wieder auf den amerikanischen Märkten kaufen. Hurley schlug einen Dreißigjahresplan vor, der in den ersten 10 Jahren eine 15prozentige Verminderung der Rüstung, in den folgenden 10 Jahren eine 17 1/2prozentige und in den letzten 10 Jahren gleichfalls eine 17 1/2prozentige Verminderung vorsehen würde. Die Gesamtverminderung in 30 Jahren würde somit 50 Proz. der gesamten Kriegsschulden ausmachen.

Aktion

gegen die chinesischen Kommunisten

100 Millionen in China arbeitslos

W.B. London, 29. Jan. (Tel.) Der Korrespondent der „Times“ in Schanghai meldet: Der chinesische Kriegsminister Fohingtschin hat Befehl erhalten, sich nach der Provinz Kiangsi zu begeben, um den Oberbefehl über alle Regierungstruppen zu übernehmen, die mit der Bekämpfung der Kommunisten beschäftigt sind. Die Kommunisten haben sich besonders im Süden der Provinz eingenistet. Die in Frage kommenden Orte sind so ausgedehnt, so bergig und so reich an Schluchten, daß die Regierung ihre besten Truppen ins Feld führen und einen einheitlichen Oberbefehl herstellen muß.

Der Korrespondent fügt hinzu: Chinesische Kreise schätzen die Gesamtzahl der Arbeitslosen in China auf 100 Millionen. Diese ungeheure Zahl erklärt sich aus dem durch den Bürgerkrieg, das Banditenwesen und das Versagen der Behörden verursachten Elend. Die Regierung von China wird nur durch Bekämpfung der grundlegenden Uebel imstande sein, der vom Kommunismus her drohenden Gefahr zu begegnen.

Schweres Erdbeben in Albanien

W.B. Tirana, 29. Jan. (Tel.) Gestern vormittag trat in der Stadt Gorticha (Korika) ein heftiges Erdbeben auf, dessen Epizentrum in der Stadt war und dem drei leichte Erdstöße folgten. Das Erdbeben verursachte an einigen Häusern Schaden. 600 Häuser wurden unbewohnbar. Das Internat des Seminars für Mädchen sowie das Gymnasium wurde vollständig zerstört. Bis jetzt wurden drei Tote und drei Verletzte gemeldet. Die Telefonverbindungen sind unterbrochen. Die elektrische Beleuchtung funktioniert nicht. Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Verbindung wieder herzustellen und die Obdachlosen unterzubringen. Am Nachmittag traten neue Erdstöße auf. Fast alle Häuser der Stadt wurden mehr oder weniger beschädigt. Unter der Bevölkerung herrscht ein panischer Schrecken. Alle Hilfsmaßnahmen sind getroffen.

Das Reichskabinett dankt Curtius

In der Mittwochssitzung des Reichskabinetts unter Vorsitz des Reichszanklers nahm das Kabinett einen umfassenden Bericht des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Curtius über den Verlauf des europäischen Studienauschusses und der Tagung des Völkerbundsrats entgegen. Der Reichszankler stellte abschließend fest, daß die von der Delegation eingenommene Haltung und das in Genf erreichte Ergebnis die einstimmige Billigung des Reichskabinetts gefunden haben, und sprach dem Reichsminister des Auswärtigen den aufrichtigen Dank des Reichskabinetts für die erfolgreiche Vertretung der deutschen Interessen aus.

Sachverständige über den Tausend-Schwindel

Im Verlauf des Prozesses gegen den „Goldmacher“ Tausend in München wurden am Mittwoch zwei sachverständige Zeugen vernommen, nämlich Geheimrat Professor Dr. Förster von der Technischen Hochschule Dresden, und Geheimrat Professor Dr. Hofmann, Vorstand des Chemischen Laboratoriums Charlottenburg-Berlin. Förster bezeugte, daß Tausend bei einem Versuch, zu dem er sich in Dresden begibt habe, nichts als törichtes Zeug vorgebracht habe. Er sei empört gewesen, daß Tausend glaubte, daß er als Wissenschaftler für solches törichtes Zeug seine Zeit verschwenden könne. Professor Hofmann sagte aus, aus Grund der ihm gegebenen Beschreibung der Versuche durch Tausend habe er zunächst an eine gewisse Möglichkeit gedacht, daß durch die angewandte Vorbehandlung eine gewisse Ausbuchtung des in Blei stets vorhandenen Goldes begünstigt werden könnte. Die dann vorgenommenen Versuche ergaben aber ein völlig negatives Resultat. — Entgegen seiner sonstigen Abnung stellte Tausend nach diesen Sachverständigenausagen keine Fragen an die Zeugen.

*Der Kampf gegen die Tributlasten

Es ist von nicht geringer Bedeutung, daß wir uns in der letzten Zeit daran gewöhnt haben, nicht mehr von „Reparationen“ zu sprechen, sondern von Tributlasten und Tributzahlungen. Mit einem Schein von Recht konnte man früher sagen, daß die Partei, die das Spiel verloren hat, dem dem Gegner zugefügten Schaden in der Form von Zahlungen und Sachlieferungen wiedergutmachen solle. Insofern konnte das Wort „Reparationen“ auch von uns akzeptiert werden. Der Schaden, der zumal Frankreich während des Krieges zugefügt worden ist, ist nun aber bereits über und über ersetzt worden; und das, was wir bisher an Sachgütern und Geldern auf Reparationskonto bezahlt haben, geht weit über das hinaus, was man vernünftigerweise als Wiedergutmachung eines Schadens bezeichnen konnte. Was wir jetzt noch zu zahlen haben, kann nur ein uns aufgezwungener Tribut sein, ein Tribut, den zumal Frankreich gar nicht mehr benötigt, und der lediglich Zwecken der Bereicherung auf der einen Seite und der künstlichen Daniederhaltung auf der anderen Seite dienen soll.

Der Kampf gegen die Tributlasten ist also für uns eine Angelegenheit, über die unter Deutschen nicht mehr gestritten zu werden braucht. Unser ganzes Volk in allen seinen Parteien und Schichten ist sich darüber einig, daß diese Tributlasten unerbittlich sind, und in ihrer jetzigen Höhe von uns gar nicht abgetragen werden können. Auch darüber besteht völlig Übereinstimmung, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, zu einer Revision des Youngplans zu gelangen, damit die Tributzahlungen auf eine Summe beschränkt werden, die der Leistungsfähigkeit Deutschlands entspricht. Daß es am besten wäre, wenn diese Zahlungen überhaupt von der Bildfläche der Weltpolitik verschwinden würden, versteht sich von selbst. Aber die Aussichten dafür sind zur Zeit so gering, daß es kaum einen Zweck hat, diese Idee weiter zu verfolgen.

Praktisch steht im Vordergrund der politischen Arbeit das Problem der Revision. Da es sich aber um rechtsgültige Verträge handelt, muß die Zustimmung aller Vertragspartner herbeigeführt werden. In der Agitation des Rechtsradikalismus werden die Dinge meist so hingestellt, als ob es nur eines energiegelassen Audes bedürfe, um diese Revision zu erreichen. So einfach ist die Sache leider nicht. Die Regierung in Berlin mag heißen, wie sie will: sie wird damit, daß sie einseitig die Notwendigkeit der Revision erklärt und ganz bestimmte Maßnahmen trifft, deshalb noch lange nicht die Revision selbst bewerkstelligt haben. Denn dazu gehört eben die Zustimmung aller Beteiligten.

Gewiß können wir die im Youngplan vorgesehenen Möglichkeiten ausschöpfen. Wir können den Transferenschub (das sogenannte Moratorium) beantragen, und wir können auch eine Art Revision der Zahlungsbedingungen antragsmäßig vorbereiten. Aber wir wissen nur zu gut, daß der Antrag auf Revision nur dann einen Erfolg haben wird, wenn wir den Nachweis erbringen können, daß wir im eigenen Lande sparsam wirtschaften und von uns aus in der öffentlichen Finanzwirtschaft alles tun, um mit Wenigem auszukommen. Diese Politik der Reform im Zeichen der Sparhaftigkeit ist vom Reichszankler Dr. Brüning bereits eröffnet und zweifellos mit Erfolg eröffnet. Sie muß im wesentlichen abgeschlossen sein, bevor wir die nötigen Schritte in Sachen der Revision tun. Wir dürfen ruhig darauf vertrauen, daß diese Schritte der Reichsregierung im richtigen Augenblick nicht ausbleiben werden.

Inzwischen hat der amerikanische Sachverständige Hurley einen Plan zur Verminderung der alliierten Kriegsschulden veröffentlicht. Wir sind bekanntlich an diesen Kriegsschulden in aller Form interessiert, da sich unsere eigenen Tributlasten nach Maßgabe einer Verringerung der alliierten Kriegsschulden verringern. Hurley schlägt eine Herabsetzung der Kriegsschulden vor, und zwar in der Weise, daß die Schulden der insgesamt 16 europäischen Staaten kapitalisiert werden; die Herabsetzung solle dann 50 Proz. betragen. Sie sei auf eine Periode von 30 Jahren zu verteilen, und zwar für die ersten 10 Jahre je 1,5 Proz. pro Jahr. Weitere Schuldenherabsetzungen würden so stattfinden, daß sie am Ende der zweiten Dekade 17,5 Prozent und am Ende der dritten Dekade ebenfalls 17,5 Prozent ausmachen würden. Das Ganze

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 11. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuss zur Gebäudesondersteuer

Der Haushaltsausschuss des Landtages führte am Mittwoch die Beratung der Steueranträge zu Ende.

Der Finanzminister befragte die Zentralisierung der Wohnungsbauförderung und die Verteilung nach dem Bedarf, nicht nach dem Aufkommen, was eine Benachteiligung der Gemeinden bedeute, die bisher fleißig gebaut hätten. Beispielsweise müsse die Stadt Mannheim 600 000 RM aus ihrem Aufkommen für andere Gemeinden abgeben, Karlsruhe 500 000 RM. Die Verwendung von Gebäudesondersteuermitteln zur Realsteuerentlastung bringe in die öffentliche Finanzgebarung eine große Unsicherheit, da diese Steuer nicht gleichmäßig fließe. Zur Erleichterung der Zahlungen der aus § 7a fälligen Steuerbeträge sollen nach einer Erklärung der Regierung die Gemeinden angewiesen werden, die Steuern schonend und in einzelnen Etappen einzuziehen. Die von der Regierung angebotenen Erhebungen haben ergeben, daß tatsächlich von einer Anzahl Gemeinden bei der Bildung der Friedensmiete für die Veranlagung unzulässig verfahren worden ist.

Damit wurde die Debatte abgeschlossen, welche die einstimmige Stellungnahme der Parteien erkennen ließ, daß die Gebäudesondersteuer früher oder später abzubauen sei. Einstimmig Annahme fand ein Antrag Dr. Baumgartner u. Gen., bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, die Gebäudesondersteuer künftighin abzubauen. Die Beschlußfassung über den § 7a wurde vertagt. Zugestimmt wurde einem weiteren Antrag, beim Einzug der Steuerbeträge nach § 7a gegenüber wirtschaftlich schwachen Hausbesitzern schonend vorzugehen. Ein Gesuch des Landesverbandes Baden des Reichsbundes der Kinderreichen, bei der Erhebung der Gebäudesondersteuer gegenüber kinderreichen Familien Nachsicht zu üben und hinsichtlich der Gewährung von Vordarlehnen Entgegenkommen zu zeigen, wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Ein Antrag Dr. Baumgartner u. Gen. wünscht von der Regierung Erhebungen über die Belastungsverhältnisse für die Steuerpflichtigen innerhalb der einzelnen Gruppen des Grundvermögens, Betriebsvermögens und Gewerbevermögens durch die reichsrechtliche Regelung der Grund- und Gewerbebesteuerung und ersucht die Regierung, bei der Reichsregierung eine Änderung der Notverordnung dahingehend zu erwirken, daß Steuerbefreiung sowie Festsetzung von Freigrenzen und Steuerbefreiung der landesrechtlichen Regelung überlassen bleiben. Begründet wird der Antrag mit der außerordentlichen Bedeutung der Steuerfreiheit der Länder. Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Länder lassen sich nicht von einer Zentralstelle aus schematisieren, sondern verlangen eine individuelle Behandlung.

Der Finanzminister stimmte dem Antrag zu, wünschte aber im Interesse der Klarheit und Gründlichkeit Zeit zur Abfassung der geforderten Denkschrift. Bedenklich sei bei der neuen Gewerbebesteuerung, daß sofort nach der Freigrenze von 2000 RM Einkommen ein Wertbetrag von 44 M einsetzt. Die badische Regierung habe sich immer für steuerliche Landeszuständigkeiten eingesetzt, leider nicht mit dem gewünschten Erfolg.

Die Aussprache ergab Übereinstimmung darüber, daß die Auswirkung der reichsrechtlichen Steuerregelung durch die Notverordnung auf badische Verhältnisse sich nicht übersehen lasse, und daß nach der vorläufigen Prüfung den Landesinteressen politisch und wirtschaftlich nicht entsprochen zu sein scheine. Mache die Regierung die Not. Ziffer 1 des Antrages Baumgartner wurde einstimmig, Ziffer 2 mit 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Einstimmig Annahme fand sodann ein Antrag des Zentrums, wonach die badische Regierung bei der Reichsregierung auf eine Verlängerung der Unterstützungsperiode für die Tabakarbeiter infolge Änderung der Tabaksteuer hinwirken soll. Im weiteren Verlaufe der Sitzung teilte die Regierung mit, daß im Laufe der gegenwärtigen Tagungsperiode ein Gesuchentwurf über den Abschluß von Konkordaten vorgelegt werden wird.

Ein Gesuch des Badischen Städtebundes, worin eine dreijährige Durchschnittsbesteuerung an Stelle der einjährigen Veranlagung gewünscht wird, wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Das Anwachsen des juristischen Studiums

Im Sommersemester 1911 gab es an den beiden Landesuniversitäten 160 Studierende der Rechte, 1930: 502, von denen nur 82 die zweite juristische Prüfung bestanden. 1911 wurden planmäßig angefertigt: 13 Abschlüsse im Justizdienst, 3 in der inneren Verwaltung, 1930: 14 bzw. 2. Rechtsanwältinnen waren bei den badischen Gerichten zugelassen: 1911: 412 und 1930: 602.

Ein Fortbildungskurs der Bauvereinigungen

Der Verband Gemeinnütziger Bauvereinigungen e. V. Karlsruhe hielt für die Vorstände und Geschäftsführer seiner Mitgliedsvereine einen Lehrgang ab, der erfreulicherweise von den Genossenschaftsvertretern aus allen Teilen des Landes stark besucht war. Der Lehrgang umfaßte Vorträge und Kurse durch Grundbuchamtsdirektor Stoder, Karlsruhe, Verbandsrevisor Neubaur vom Sächsischen Verband und Schindel vom Badischen Verband, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe Dr. Wehrle, Regierungsrat Dr. Kochler, Karlsruhe, Architekten Vos, Karlsruhe, und Nieber, Freiburg. Es wurden folgende Themen behandelt: Allgemeines über Grundbuchrecht, Erbbaurecht usw., Durchführungsurteile für Anfänger und Fortgeschrittene, Bedeutung des Genossenschaftswesens in der deutschen Volkswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Baugenossenschaften, die Fortentwicklung des zünftigen Wohnungsbauprogramms der Reichsregierung; weiterhin über die Tagesfrage der Revisionsverbände und über Baukontrolle von Vorstand und Aufsichtsrat bei Neubauten. Die verschiedenen Vorträge, die der Weiterbildung der Genossenschaftsführer dienen, haben stärksten Anklang gefunden.

Tagungen

Der Verein badischer Tierärzte hielt am Samstag seine 79. ordentliche Hauptversammlung in Karlsruhe ab. Die Tagung leitete Veterinärarzt Martin, Forstheim, der darauf hinwies, daß der Verein am 31. Oktober 1930 auf ein 90jähriges Bestehen zurückblicken konnte. Der Verein zählt 200 Mitglieder. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung hörte einen Vortrag von Oberveterinärarzt Gutbrod aus Würzburg über die Frage: „Was hat die neuzeitliche Veterinärlehre der tierärztlichen Praxis gebracht?“ Vor allem sei man wieder dahin gekommen, die Fütterung höher einzuschätzen als lediglich Zuchtmaß und Abentafel.

Die Vereinigung Deutscher Reisebüros hat auf ihrer soeben in Dresden stattgefundenen Jahresversammlung die Jahresberichte 1932 in Dresden und 1933 in Freiburg i. Br. abgehalten.

Die Elektrifizierung der Ostweststrecke

Heute und morgen tagt im Gebäude der Reichsbahndirektion Karlsruhe der Sachverständigenausschuss zur Besprechung der Wirtschaftlichkeit des elektrischen Betriebes auf der Strecke Stuttgart-Karlsruhe und Stuttgart-Mühlacker-Bruchsal. Anschließend daran sollen in einigen Wochen Berechnungen über die Wirtschaftlichkeit der Nordstrecke angestellt werden. Sobald die erforderlichen Unterlagen für die weitere Elektrifizierung der Ostweststrecke ab Stuttgart vorliegen, wird sich der Verwaltungsrat der Reichsbahn damit beschäftigen und eventuell endgültige Beschlüsse fassen.

Neue Unruhen in Heidelberg

Dienstagabend kam es in Heidelberg in den späten Abendstunden wiederum zu Unruhen, die dadurch veranlaßt wurden, daß sich vor der Stadthalle eine Anzahl von Leuten ansammelte, die eine von der Polizei verbotene Versammlung besuchen wollten. Es war nicht allen Kreisen der Bevölkerung bekannt geworden, daß diese Versammlung verboten war. Anschließend daran sammelten sich wiederholt in den Straßen große Menschenmassen an, die von der Polizei zerstreut wurden. Zum Teil wurden die Straßen abgesperrt. In mehreren Fällen griff die Polizei mit dem Gummihüpfel ein. Es wurden 22 Personen festgenommen, die ins Amtsgericht eingeliefert wurden. Weitere 24 Personen kamen wegen Widerstandes, Aufrufes, Waffenbesitzes usw. zur Anzeige.

Aber die Unruhen werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Nach 8 Uhr hatten sich wohl über 1000 Personen rings um den Jubiläumspark versammelt. Als die Polizei dazuging, die Straßen zu räumen, wurde ihr wiederholt Widerstand entgegengebracht, so daß sie an verschiedenen Stellen vom Gummihüpfel Gebrauch machen mußte. Man hörte Rufe „Heil Hitler!“ und „Heil Mostau!“ Auch wurde da und dort das Deutschlandlied angestimmt, dazu kamen revolutionäre Lieder gesungen und auch das Lied „Das Wandern ist des Müllers Lust“ gesungen. Die Polizei war bemüht, jede unnötige Härte beim Einschreiten mit dem Gummihüpfel zu vermeiden. Allein der Radau, an dem sich besonders jugendliche Elemente beteiligten, wurde immer härter. Dabei muß erwähnt werden, daß, soweit erkennbar, die Studenten alle vom Jubiläumspark frühzeitig abgezogen und sich an den späteren Straßenverläufen gegen die Polizei nicht mehr oder nur in geringer Zahl beteiligten. Freilich, so schreibt das „Heidelberger Tageblatt“, ist und bleibt es ein Fehler, daß trotz Verbot die Studenten die Straße durch ihre Kundgebungen mobil gemacht haben. Seitens der Demonstranten fehlte es nicht an Schmähsprüchen gegen Minister Dr. Kemmler und gegen die Schupo. Letztere konnte die äußerst geringsinnigen Menschenmassen nur langsam zurückdrängen und mußte schließlich vom Gummihüpfel greifen. Die Gummihüpfelschläge mochte nach einem Bericht des genannten Blattes in den Straßenverläufen zwischen Bismarckplatz und Univeritätsplatz 4 Stunden lang hin und her und machte auch das Eingreifen von Sanitätern notwendig. Gegen 1 Uhr nachts war die Ruhe wieder hergestellt. Unter den demonstrierenden Nationalsozialisten befand sich nach dem Polizeibericht eine große Anzahl Lichtscheuer Elemente; auch hatte sich, wie üblich, eine nicht geringe Anzahl Reugieriger eingefunden.

Die Polizeidirektion Heidelberg erläßt folgende Warnung:

Wir richten an den ordnungsliebenden Teil der Bevölkerung, der den Sinn für die Staatsnotwendigkeiten und die Fähigkeit einer ruhigen Beurteilung der Dinge noch nicht verloren hat, die dringende Aufforderung, nicht durch unnötiges Herumtollen auf den Straßen die Zahl der Ordnungsfürer unnötig zu vermehren und der Polizei die Arbeit zu erschweren. Die Polizei wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Staatsautorität wahren und Ordnungswidrigkeiten beseitigen. Bei diesem Anlaß sei noch darauf hingewiesen, daß, wenn eine auf öffentlichen Straßen oder Plätzen versammelte Menschenmenge von der Polizei aufgefordert wird, sich zu entfernen, jeder der Versammelten, der nach der dritten Aufforderung sich nicht entfernt, gemäß § 116 Reichsstrafgesetzbuch wegen Aufruhrs mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft wird.

Um den Heidelberger Lehrstuhl für praktische Theologie

Der Senat der Universität Heidelberg hat beschlossen, die Berufung des Berliner Pfarrers Günther Dehn als Nachfolger des Geh. Kirchenrats Prof. Bauer auf den Lehrstuhl für praktische Theologie an der Universität abzulehnen, da er nicht geeignet sei.

Dehn hat aber, der „Frankf. Zig.“ zufolge, bereits nach Karlsruhe mitgeteilt, daß er verzichte. Es schwebte zur Zeit eine Berufung nach Halle. Vor zweieinhalb Jahren führte Dehn in einem Vortrag aus: Der Tod im Felde für das Vaterland habe seine Größe und Würde. Vom christlichen Standpunkt aus gesehen, sei er jedoch nicht der Tod christlicher Märtyrer, denn die gefallenen Soldaten hätten sich nicht nur geopfert, sondern auch ihrerseits töten müssen und wollen. Deshalb müsse man sich überlegen, ob es richtig sei, in den Kirchen Gedenktafeln für die Gefallenen aufzuhängen, ob es nicht vielmehr richtig wäre, wenn die Gefallenen nicht rein kirchlich, sondern bürgerlich geehrt würden, also durch Gedenktafeln in Rathhäusern usw.

Der Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten

Nummer 6 des „Gesetz- und Verordnungsblattes“ enthält eine 16 Paragraphen umfassende Verordnung des Ministers des Innern über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten. In einer Anlage dazu werden die Grundsätze für die Durchführung dieser Verordnung aufgestellt, während die Anlage 2 von der Zusammenfassung und den Aufgaben des Ausschusses für den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten handelt.

Dieser Ausschuss wird gebildet von: zwei Vertretern der Reichsregierung, sieben der Länder, zwei des Reichsverbandes der deutschen Industrie, zwei des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, einem Vertreter der drei Feuerwehverbände, einem solchen der drei Verbände der Feuerversicherungsunternehmen und je einem Vertreter des Verbandes der deutschen Berufsvereinigungen und der Dampfesselüberwachungsvereine. Die Anlage 3 betrifft die Ausführungsanweisung zu obiger Verordnung, während in einer vierten Anlage das Muster der Anträge für die Zulassung von Tankwagen, und in der Anlage 5 das Muster der Bescheinigung über die Annahme und Abnahmeprüfung eines Tankwagens zur Beförderung von brennbaren Flüssigkeiten wiedergegeben wird. Anlage 6 enthält die Zusammenstellung einiger im Handel vorkommender brennbarer Flüssigkeiten nach ihrer Gefährlichkeit zu den in § 2 der Verordnung abgegrenzten Gruppen und Gefährlichkeitsklassen.

Vom Neckarkanal

Die Staustufen Neckargemünd und Neckarsteinach

Nachdem die Staustufe Neckargemünd in den ersten Novembertagen des vorigen Jahres in Betrieb genommen werden konnte, wird, normale Witterung und Wasserstände vorausgesetzt, die Inbetriebsetzung der Staustufe Neckarsteinach Mitte Februar d. J. folgen. Die in den beiden Kraftwerken anfallende elektrische Energie von rund 38 Millionen Kilowattstunden wird von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken abgenommen.

Die beiden Stufen, die gestattet werden, den Neckar von seiner Mündung an aufwärts etwa 50 Kilometer bis Hirschhorn mit Großflößen zu befahren, sind im Frühjahr 1929 begonnen worden. Sie bestehen, wie alle oberhalb Heidelberg zu errichtenden, aus dem Wehr zum Aufstauen des Wassers, der Schleuse zum Befördern der Schiffe von der Höhe des unteren Wasserpiegels in diejenige des oberen oder umgekehrt und aus dem Kraftwerk, das die durch den Aufstau des Flusses anfallende Wasserkraft ausnützt. Wehr, Schleuse und Kraftwerk liegen gemeinsam in einem Querschnitt nebeneinander. Die Reihenfolge der Bauwerke richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Ein Stieg, der in Neckarsteinach dem öffentlichen Verkehr freigegeben wird, verbindet die beiden Ufer. Die Schleusen bestehen je nur aus einer Kammer, nicht aus zwei, wie bei der Schleuse am Karlsruher; die zweiten Kammern können aber im Bedarfsfalle ohne Schwierigkeit nachträglich eingebaut werden. Die Wehre haben, wie in Heidelberg, drei Öffnungen, jedoch nur von 33 Meter Lichterweite, welche durch eiserne Walzen verschlossen werden und das Wasser in Neckargemünd 4,1 Meter, in Neckarsteinach 4,6 Meter aufstauen. Diese Verschlässe werden bei Anschwellungen des Flusses hochgezogen, so daß die ankommenden Wassermassen ohne schädlichen Aufstau durchfließen können.

Das Kraftwerk der Stufe Neckargemünd enthält 1 Turbine, die 80 Kubikmeter Wasser verarbeitet, dasjenige in Neckarsteinach 2 Turbinen von je 50 Kubikmeter. Schlusfähigkeit. Der Unterschied ist durch die räumliche Lage bedingt; in Neckargemünd wäre Platz für eine zweite Turbine nur unter untragbar hohen Kosten zu gewinnen gewesen.

Schafschürerei

Am 30. Dezember 1930 und 14. Januar 1931 beranfaltete die Badische Landwirtschaftskammer Schafschürerei in Stodach und Osterburten, die mit einer allgemeinen Schafschürerversammlung des Süddeutschen Schäferverbandes verbunden waren. Fast sämtliche maßgebenden Schafhalter Badens nahmen an den Kurien teil. Herr Köhner, Stuttgart, berichtete in der Versammlung über die Tätigkeit des Süddeutschen Schäferverbandes und besprach einige für die süddeutschen Schäfer wichtige Zukunftsfragen. Landwirtschaftsrat Wetter hielt die belehrenden Vorträge. In beiden Kurien fand eine rege Aussprache über alle die Schafzucht und -haltung sowie den Wandelverkehr berührenden Fragen statt. Ganz besondere Aufmerksamkeit wurde der Frage der Weidpreissenkung sowie der Verarbeitung deutscher Wolle für Stoffe und Tuche amtlichen und halbamtlichen Charakters geschenkt.

Vom Schwarzwälder Kirchwasser

Das Schwarzwälder Kirchwasser ist nicht nur innerhalb des Deutschen Reichs, sondern auch im Ausland rühmlich bekannt, aber nur wenige dürften wissen, welche Mengen von Kirsch- und Zwetschgenwasser im badischen Land gebrannt werden und wieviele Betriebe sich an der Herstellung von Branntwein in unserem Land beteiligen. Wie aus dem neuesten „Statistischen Jahrbuch für das Land Baden 1930“ (Seite 140) hervorgeht, wurden im Betriebsjahr 1927/28 in unserem Land nahezu 12 Millionen Liter Weingeist hergestellt, das sind 4,3 v. H. der gesamten im Deutschen Reich erzeugten Branntweinemenge. Dagegen entfällt auf Baden nahezu ein Drittel (1,5 Millionen Liter) der Gesamtproduktion der aus Wein und Obst hergestellten Branntweinemenge im Deutschen Reich. Die Zahl der im genannten Jahr in Betrieb gewesenen Brennereien beträgt 2154, das sind rund vier Fünftel aller Brennereien im Deutschen Reich. Unbedeutend ist in unserem Land die Gewinnung von Branntwein aus Getreide und Kartoffeln (0,5 Prozent der Gesamtproduktion im Deutschen Reich). Gegenüber der Vorkriegszeit nimmt die Gesamterzeugung von Branntwein in unserem Land in den letzten Jahren erheblich zu; sie ist heute mehr als doppelt so groß als im Jahre 1913/14.

Aus der badischen Industrie

Die Füllfederfabrik Heidelberg G. m. b. H., eine erst kürzlich gegründete Füllfederfabrik der Kölner Schreibwarenfabrik G. Hebborn & Co., wird am 1. Februar d. J. in einem Teil der früheren Kameco-Räumlichkeiten den Betrieb aufnehmen, wodurch ein Teil der zur Zeit noch beschäftigungslosen Facharbeiter wieder Arbeit und Brot finden wird.

Die Seidenfabrik Stehl in Erzingen (Amt Waldsloh), die seit Monaten infolge der schlechten Konjunktur nur 40 Stunden wöchentlich arbeiten ließ, hat sich entschlossen, ihre 500 Mann starke Belegschaft nunmehr wieder 48 Stunden arbeiten zu lassen.

Der Lohnkampf in der Baumwollweberei Conrads Nachf. Lörrach wurde nach fünfständiger Verhandlung durch eine Vereinbarung beendet. Damit ist der Ausbruch des Streiks in letzter Minute verhindert worden.

Vergütung an Landzusteller für Fahrerabrechnung

Die Berechnung der Vergütungen für die Benutzung eigener Fahrräder der Landzusteller im Landzustell- und Botendienst wird von der Reichspost dadurch vereinfacht werden, daß für das ganze Reichsgebiet ein Einheitsfuß für jedes gefahrene Kilometer festgesetzt wird. Da die Anschaffungskosten für gleichwertige Fahrräder und die Kosten für die Bereifung in den einzelnen Gebieten des Reichs kaum noch voneinander abweichen, erscheint diese Maßnahme gerechtfertigt. Nach den vorgenommenen Feststellungen betragen die Kosten für ein dauerhaftes Fahrrad (Tourerad) zur Zeit höchstens 130 Reichsmark, für eine Laufpede und einen Luftschlauch zusammen höchstens 8 Reichsmark. Bei einer wertvollen Begleitigung mit dem Fahrrad von 40 Kilometer ergibt sich bei 308 Vertagen eine jährliche Leistung von 12 320 Kilometer. Vom 1. Januar 1931 an soll für die wirklich gefahrenen Kilometer eine Vergütung von je 0,65 Reichspfennig gezahlt werden, wobei auch die an Sonn- und Feiertagen gefahrenen Kilometer zu berücksichtigen sind. Wenn infolge schlechter Beschaffenheit der Wege die Fahrräder über das gewöhnliche Maß hinaus abgenutzt werden oder wenn erhebliche Aufwendungen für Beleuchtung der Räder entstehen, kann der Vergütungssatz für ein gefahrenes Kilometer mit Genehmigung der Oberpostdirektion auf 0,7 Reichspfennig erhöht werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	29. Januar		28. Januar	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	169.06	169.40	169.03	169.37
Kopenhagen 100 Kr.	112.41	112.63	112.40	112.62
Italien . . . 100 L.	22.01	22.05	22.015	22.055
London . . . 1 Pfd.	20.416	20.456	20.416	20.456
New York 1 D.	42.045	42.125	42.045	42.125
Paris . . . 100 Fr.	16.475	16.515	16.475	16.515
Schweiz . . . 100 Fr.	81.32	81.48	81.345	81.505
Wien 100 Schilling	59.12	59.24	59.085	59.215
Prag . . . 100 Kr.	12.44	12.46	12.444	12.464

Die Elektrifizierung der Schweizerischen Bahnen

Die Schweizerischen Bundesbahnen besitzen gegenwärtig über 300 elektrische Schnellzuglokomotiven und 200 andere Lokomotiven und elektrische Triebwagen. Man ist gegenwärtig in der Schweiz mit dem Bau von neuen elektrischen Lokomotiven beschäftigt, die die stärksten der Welt sein werden. Sie werden eine Länge von 34 Meter und ein Gewicht von 245 Tonnen aufweisen. Sie werden eine Kraft von 700 Pferdestärken entwickeln und Drehmomente von 600 Tonnen, sowie Güterzüge von 750 Tonnen mit einer Stundengeschwindigkeit von 60 Kilometer die steilsten Rampen der internationalen Gotthardbergstrecke hinaufbefördern können. 85 Prozent des gesamten Schweizerischen Eisenbahnverkehrs werden heute elektrisch abgewickelt.

Der Privatdiskont wurde am Mittwoch für beide Sichten um je 1/8 Proz. auf 4 1/8 Proz. erhöht.

Verabsicherung des bulgarischen Diskontsatzes. Die Bulgarische Nationalbank setzte heute den Diskontsatz von 10 auf 9 Proz. herab.

AGG-Dividendenvorschlag. Der für den 26. Februar einzuberufenden Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Berlin, wird eine Dividende von 7 Prozent (i. H. 9 Prozent) vorgeschlagen. Als Reingewinn werden 14 231 223 M (19 172 708) ausgewiesen.

Aus der Landeshauptstadt

Wohltätigkeitsakademie. Am 12. Februar findet im großen Festsaal eine Wohltätigkeitsakademie statt, deren Reinertrag zu 50 Prozent der Karlsruher Notgemeinschaft zufließt. Die künstlerische Leitung dieses Abends hat Direktor Otto Hans Norden übernommen, und es ist ihm bereits gelungen, ganz bekannte prominente Künstler für diese Veranstaltung zu gewinnen.

Vom Flugport. Der seit 1910 bestehende Karlsruher Luftfahrtverein e. V. und der Fliegerbund Karlsruhe e. V. haben sich zusammengeschlossen und den Badisch-Pfälzischen Luftfahrtverein Karlsruhe e. V. gegründet, der in engster Fühlungnahme mit dem gleichnamigen Verein in Mannheim das Gebiet der Flugportausbildung betreibt. Dieses Tätigkeitsfeld ist für Karlsruhe neu. Zunächst soll im Frühjahr der Schulbetrieb mit Sportflugzeugen aufgenommen werden. Zum Vorsitzenden wurde Fabrikant Rees gewählt.

Ringkämpfe im Colosseum. Heute abend ringen: Schachschneider gegen Stolzenwald. Im Entscheidungskampf treffen sich Bogdan und Kisch. Ferner findet heute abend der große Entscheidungskampf Klop gegen Proschasta statt. Vorher das ausgesuchte Varietéprogramm. Bedeutend ermäßigte Eintrittspreise.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Unsere Witterung ist nun wieder ausgesprochen westlich orientiert. An der Südküste eines ausgedehnten Tiefdruckgebietes führen starke bis stürmische Westwinde ununterbrochen ozeanische Luft heran. In tiefen Lagen herrscht daher wieder Regenwetter. Voraussage: Fortdauer der meist trüben und in tiefen Lagen regnerischen Witterung bei starken Westwinden.

Wasserstände: Waldshut 251 —5, Basel fehlt, Schusterinsel 127 —3, Reß 290 —6, Maxau 498 —11, Mannheim 453 —22, Gaub über 200 Zentimeter.

Gemeinderundschau

Der Kreisrat Mosbach hat für die Unterhaltung der Kreisstraßen im Rechnungsjahr 1. April 1931/32 einen Kredit von 240 000 M bewilligt und die Beitragsleistung der Straßen-Gemeinden auf 40 Prozent von 230 000 M festgesetzt. Der Ausfall von 10 000 M, welcher durch Zinsendienst und sonstige Aufkosten entsteht, wird von der Kreiskasse getragen. Die Länge der Kreisstraßen beträgt rund 163 Kilometer.

Dinkelsbühl-Nördlinger-Geldlotterie

— Ziehung 12. Dezember 1930 — wurden unter den für Baden genehmigten und verkauften Losen folgende Nummern gezogen:

Mit 100.— M Nr. 166 965; mit je 20.— M Nr. 86 328, 67 202; mit je 10.— M Nr. 37 769, 85 481, 166 295, 187 179, 208 277, 208 336, 223 562, 255 108; ferner je 3.— M alle Lose mit den dreistelligen Endzahlen 146, 235, 761, 888 und je 1.— M alle Lose mit den Endzahlen 001, 006, 038, 067, 126, 127, 135, 163, 199, 232, 265, 300, 391, 416, 426, 505, 575, 586, 638, 700, 706, 761, 777, 822, 840, 844, 872, 912, 988, 990 (ohne Gewähr).

Frauenbund-Geldlotterie

— Ziehung 23. Januar 1931 — wurden unter den für Baden genehmigten und verkauften Losen folgende Nummern gezogen:

Mit 100.— M Nr. 191 504; mit 20.— M Nr. 190 444; mit je 10.— M Nr. 17 650, 28 807, 74 265, 209 849; ferner je 3.— M alle Lose mit den Endzahlen 070, 163, 257, 318 und je 1.— M alle Lose mit den Endzahlen 019, 020, 116, 121, 123, 312, 397, 412, 415, 437, 473, 478, 537, 561, 575, 590, 595, 597, 620, 655, 657, 693, 704, 730, 777, 782, 837, 862, 912, 964 (ohne Gewähr).

Notstandsaktion in Schwellingen. Die Stadtverwaltung Schwellingen plant eine größere Notstandsaktion für die bedürftigen Einwohner (Gewerkslose, Rentner usw.) einzuleiten. Es ist geplant, an diese minderbemittelten Mitbürger als zusätzliche Fürsorgeleistung nahrhafte und gute Mittagessen kostenlos abzugeben. Die Ausgabe der Essen soll mit Hilfe und Unterstützung der Gastwirte durchgeführt werden. Aber den Preis des Essens wird mit den Wirten noch verhandelt. Wenn es zu einer Einigung kommt, wird die Stadtverwaltung an alle Schwellingen Einwohner appellieren, dieses Hilfs-wert zu unterstützen.

Reisenbahn Brötchen-Ittersbach wird elektrifiziert. Der Bürgerausschuß Pforzheim nahm debattelos einstimmig die Vorlage auf Elektrifizierung der Nebenbahn Brötchen-Ittersbach an. Der Vorschlag dafür beträgt 600 000 M. Mit den Arbeiten soll sofort begonnen werden.

Notstandskredite in Bruchsal. Bruchsal will zur Ausführung von Notstandsarbeiten im Rechnungsjahr 1930/31 beim Bürgerausschuß in dessen nächster Sitzung einen Notstandskredit in Höhe von 300 000 Reichsmark anfordern.

Bevölkerungsrückgang in Durlach. Die gesamte Einwohnerzahl der Stadt Durlach, einschließlich Aue, beträgt 18 564. Während die vorausgehenden Jahre noch jeweils eine, wenn auch bescheidene Zunahme aufwies, ist nun zum erstenmal ein Rückgang, und zwar von 90 Seelen, zu verzeichnen.

Gemeinderatswahlen in Ettlingen. Nachdem der Einspruch gegen die Bürgerausschuhwahlen in Ettlingen zurückgezogen worden ist, findet nun die Gemeinderatswahl am Mittwoch, den 11. Februar, statt.

Der Raftatter Fehlbetrag. Die Staatsaufsichtsbehörde hat den Stadtrat Raftatt um Bericht ersucht, in welcher Weise der festgestellte Fehlbetrag des städtischen Haushalts in Höhe von 200 000 M gedeckt werden soll, wozu der Vorstehende dem Stadtrat einen geeigneten Vorschlag unterbreitet. Diesem Vorschlag verweigert der Stadtrat in seiner Mehrheit seine Zustimmung, ist aber nicht in der Lage, einen anderen ausreichenden Vorschlag zur Deckung dieses Defizits zu machen. Demgemäß wird der Staatsaufsichtsbehörde berichtet werden.

Die Fürsorgekosten Raftatts. Der Aufwand für die gehobene Fürsorge stellte sich im Monat Dezember für die Stadt Raftatt auf 23 370 M.

Senkung der Gaspreise in Offenburg. Der Stadtrat Offenburg hat beschlossen, vom 1. April d. J. ab den Gaspreis von 22 auf 20 Pf pro Kubikmeter herabzusetzen und vom 1. Februar einen Staffeltarif einzuführen, der den Gaspreis um 1 bis 8 Pf pro Kubikmeter je nach Verbrauch senkt.

Der niedere Holzpreis. Die Stadt Hornberg verkaufte letzten 190 Festmeter (mit etwas Forlen und Buchen), 1. bis 6. Klasse, zu 62 Prozent der Landesgrundpreise.

Endingen senkt die Umlage. In der letzten Bürgerausschuh-sitzung in Endingen a. N. wurde der Vorschlag für 1930/31 beraten und angenommen. Trotz der schlechten allgemeinen Wirtschaftslage konnte die Umlage von 80 auf 70 Pf beim Grundvermögen, von 32 auf 28 Pf beim Betriebsvermögen und von 600 auf 525 Pf beim Gewerbevermögen gesenkt werden.

Die Billinger Bürgermeisterwahl. Der Stadtrat Billingen beschloß, die Bürgermeisterwahl am Montag, den 9. Febr., vorzunehmen, nachdem Oberbürgermeister Rehm am 10. Dezember nicht wieder gewählt worden ist. Die Stelle wird nicht ausgeschrieben. Nach der Wahl soll in der ersten Bürgerausschuh-sitzung die Gemeindefassung, nach welcher Billingen von zwei Bürgermeistern verwaltet wird, dahin abgeändert werden, daß künftig nur ein Bürgermeister die Geschäfte zu führen hat. Die abgeänderte Satzung wird sofort in Kraft treten, falls der jetzige 2. Bürgermeister gewählt wird, andernfalls erst nach Ablauf der Amtsperiode des 2. Bürgermeisters in 4 1/2 Jahren.

Donauessingen ermäßigt die Strompreise. Die Stadt-gemeinde Donauessingen wird ab 1. Februar d. J. die Strompreise dadurch senken, daß es Heiz- und Kochstrom zu 9 Pf und Nachtstrom zu 5 Pf die Kilowattstunde abgeben wird. Die Zustimmung des Bürgerausschusses steht noch aus.

Das Steuerbulet des Landeskommissärs für Lörrach. Der Landeskommissär hat die Stadtverwaltung Lörrach aufgefordert, zur Deckung der Mindereinnahmen und der Mehrausgaben sofort die Bürgersteuer, ab 1. Februar die Gemeinde-bier- und Getränkesteuer einzuführen und außerdem die Umlage für das laufende Rechnungsjahr um 12 bzw. 6 bzw. 84 Reichspfennige zu erhöhen.

Schopfheim will Bier- und Bürgersteuer einführen. Der Gemeinderat Schopfheim hat beschlossen, wegen Einführung der Gemeinde-Bier- und Bürgersteuer dem Bürgerausschuß eine Vorlage zu unterbreiten.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Beschwerde des Pfarrers Edert verworfen. Pfarrer Edert hat vor dem Oberkirchenrat erklärt, daß er das ihm auferlegte Nebenverbot für die Versammlungen in Neustadt a. d. S. am 14. und 21. Januar als zulässig nicht anerkenne, aber trotzdem befolgt hätte, wenn die Ver-

sammlungen staatlicherseits nicht verboten worden wären. — Die von Pfarrer Edert gegen den Verweis des Oberkirchenrats erhobene Beschwerde ist von der Kirchenregierung als unbegründet verworfen worden.

D3. Bruchsal, 28. Jan. Am Donnerstag, den 29. Januar, feiert in Kirchzarten, seinem Geburtsort, der ehrwürdige Lehrer und Priester, Hofrat Prof. Karl Gremmelspacher, Nealschuldirektor a. D., seinen 80. Geburtstag. Bald ein halbes Jahrhundert wirkte der Jubilar in unserer Stadt. Er blühte bereits am 17. Juli 1927 auf 50 segensreiche Priester-jahre zurück.

D3. Offenburg, 28. Jan. Wie aus Paris gemeldet wird, ist dort der aus Freiburg i. Br. gebürtige Rudolf Paul Fischer verhaftet worden. Damit wird endlich eine Bluttat ihre Sühne finden, die sich in der Nacht vom 1. zum 2. März 1920 hier ereignete. Der Wächter eines Fabrikanteneisens, der 72 Jahre alte Schuhmachermeister Friedrich Jung, hatte zwei junge Burtschen bei einem Einbruchversuch überfallen. Einer von ihnen gab während der Flucht auf den ihn verfolgenden Wächter zwei Schüsse ab, die zum Tode des Greises führten. In seinem Mörder will Jung einen früheren Wächter des Grundstücks erkannt haben, eben den damals 19 Jahre alten Fischer, der kurz zuvor wegen Diebstahls entlassen worden war. Fischer ist am Tage nach der Tat verschwunden und wurde seither gesucht.

D3. Freiburg, 28. Jan. Der 22 Jahre alte Hilfsarbeiter Krüner, der bekanntlich Ende des vergangenen Jahres einen tödlichen Angriff auf den Direktor des Freiburger Fürsorge-amtes, Kopp, unternahm, wurde deshalb vom Schöffengericht zu 10 Wochen Gefängnis verurteilt. Heute morgen fand man ihn in seiner Zelle erhängt auf.

Hd. Triberg, 29. Jan. Im Alter von 55 Jahren ist nach kurzer Krankheit der Stadtbaumeister Heinrich Wüst gestorben. Wüst hat seit 23 Jahren im Dienst der Stadt, nachdem er vormals im Staatsdienst in Donaueschingen gewesen war. Er hat in seinen langen Dienstjahren eine Reihe bedeutender Bauten in Triberg, sowohl für dienstliche wie für Wohnzwecke, erstellt.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernennung:
Regierungsrat Dr. Max Dittler beim Bezirksamt in Pforzheim zum Landrat in Stodach; Regierungsrat Felix Becker beim Bezirksamt Waldshut zum Landrat in Wehrlich; Gendarmerieoberwachmeister Hermann Keller in Waldshut zum Gendarmeriekommissar; Gendarmeriehauptwachmeister Karl Engelhardt in Hornberg zum Gendarmerieoberwachmeister.

Verfekt:
Die Vordräte Dr. Kurt Sauber in Wehrlich nach Überlingen und Dr. Alfred Hagenunger in Stodach nach Emmendingen; Regierungsrat Wilhelm Hefft beim Bezirksamt Freiburg zu jenem in Pforzheim.

Zur Ruhe geteilt auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung der Gesundheit:
Oberregierungsrat Adolf Kopp bei der Gebäudeversicherungsanstalt in Karlsruhe.

Zur Ruhe geteilt:
Polizeisekretär Ernst Pape in Mannheim.

Bestorben:
Regierungsrat Wolfram Hauger bei der Badischen Landes-elektrizitätsversorgung AG. (Badenwerk) in Karlsruhe und Oberpfleger Karl Grafmüller bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenau.

Zeitschriftenschau

Rölnische Illustrierte Zeitung. Das im Jahre 79 n. Chr. durch einen Ausbruch des Vesuvus verschüttete Pompeji ist heute etwa zu zwei Fünfteln wieder ausgegraben. Mussolini läßt die Arbeiten nach Kräften fördern, und gerade jetzt hat man wieder zwei prächtige Funde gemacht; neben einem Silberbeschlag von ungeheurer Wert eine fast unverfälschte Großstatue der römischen Kaiserin Livia. In der Rölnischen Illustrierten Zeitung (Nr. 5) berichtet Professor Walter Bombe von dieser Statue, die nach fast zwei Jahrtausenden der Erde entrissen wurde. Wir sehen in Bildern, wie sie aus dem losen Asche- und Bimssteingeröll freigelegt wird, und weiter die Grabungstechnik, die in Pompeji zum ersten Male angewandt wurde. Dank ihr ist es möglich, Häuser so freizulegen, daß nichts an ihnen zerstört und der Eindruck der Stadt vollkommen erhalten wird.

Oeffentl. Sparkasse Gerlachsheim

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen:	Verbindlichkeiten:
1. Kassenbestand 2 945,33	1. Spareinlagen 259 115,65
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheidamt 256 835,95	2. Aufw.-Spareinlagen 76 831,88
3. Darlehen auf Hypotheken 42 821,30	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen 1 510,01
4. Darlehen in ffd. Rech-nung an Private 34 894,—	4. Anleihen und andere Schulden 22 821,58
5. Darlehen a. Schuldchein 4 200,—	5. Aufwertungsabrechnung 2 735,41
6. Einlage bei Verband 57 016,50	6. Rücklagen:
7. Aufwertungsforderungen 900,—	a) ges. Reserve 10 409,40
8. Verfallschafen 13 337,60	7. Reingewinn 1930 11 202,59
9. Einnahmestände 412 950,68	
	412 950,68

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8 1/2% aus 288 949,82 M = 23 115,98 M
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 21 611,99 M
Somit weniger = 1 503,99 M

Gerlachsheim, den 28. Januar 1931. R. 253
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:
gez. Reibert, Bürgermeister. gez. Günther.

Druck G. Braun, Karlsruhe.



Badisches Landestheater

Freitag, den 30. Jan. 1931

* F 15. (Freitagmiete)
Th.-Gem. I. S.-Gr.

Leben des Dreß

Große Oper von Strenel

Dirigent: Krips

Regie: Prucha

Mitwirkende:
Blanz, Fischbach, Grünwald-Seyfert, Haberborn, Reich-Dörich, Winter, Krauß, J. Gröbinger, Gospat, Kalmbach-Röser, Mentwig-Derner, Nitsch, Schoepflin, Bilten, Falke, Eich, Frohmann, G. Gröbinger, Allan, Ott, Ribinius

Anfang 20 Ende 23
Preise C (1—7 M)

So. 31. 1. Elisabeth von England. So. 1. 2. Nachmittags: Meine Schwester und ich. Abends: Leben des Dreß. Im Konzert-haus: Wie werde ich reich und glücklich?

Wir werben für Sie!